

Rede des Bürgermeisters Gerold Wenzens zur Haushaltseinbringung 2027/28,
15.09.2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

beginnen möchte ich einem dicken Dankeschön an alle, die maßgeblich an der Aufstellung des Haushaltsentwurfes beteiligt waren. Zusätzlich und parallel erfolgt auch noch die verwaltungsweite Umstellung auf eine neue Finanz-Software. Vielen Dank an den Kämmerer und das Team für diese Leistung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

bundesweit beteiligten sich Ende Juni die Städte, Landkreise und Gemeinden am Aktionstag „Kommunen am Limit“.

Gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag, Deutschen Landkreistag und Deutschen Städte- und Gemeindebund wurden Bund und Länder aufgefordert, endlich wirksame Maßnahmen gegen die dramatische Finanzsituation in den Kommunen zu ergreifen.

Denn: die Kommunen sind am Limit.

Das kommunale Defizit lag 2025 bei rund 30 Milliarden Euro – ein historischer Höchststand, der sich auch im laufenden und den Folgejahren fortsetzen wird.

Steigende Kosten bei Pflichtaufgaben, die den Kommunen von Bund und Ländern auferlegt werden, und sinkende Einnahmen durch eine schwächelnde Wirtschaft reißen Jahr für Jahr tiefe Löcher in die Haushaltskassen der Kommunen.

Als Folge müssen Leistungen weiter reduziert oder gestrichen werden. Das kostet Lebensqualität vor Ort, zerreißt das soziale Netz und gefährdet nachhaltig die Zukunftsfähigkeit der Städte.

Die Kommunen sind am Limit.

Auch Langenfeld hat es jetzt hart getroffen:

- Mindereinnahmen in 2026 bei der Gewerbesteuer: 15 Mio. EUR, die wir heute weniger erwarten, als in der Planung für das Jahr 2026 vorgesehen.
- Erhöhung der Kreisumlage ab 2027, davon alleine die LVR-Umlage von 4,2 Mio. Euro jährlich. Eine Information die uns erst vor wenigen Wochen erteilte.
- Und natürlich die Kostensteigerungen bei Bauleistungen, Sach- und Dienstleistungen sowie Personalkosten, die weiter nachwirken.

Aber Langenfeld wird weiter eine Balance aus solider Finanzpolitik und attraktiven Standortfaktoren verfolgen, wenngleich diese Aufgabe von Jahr zu Jahr immer schwieriger wird.

Dazu ein kleiner Rückblick:

Im Jahr 2008 feierte Langenfeld die Schuldenfreiheit. Und wir senkten die Gewerbesteuer auf 360 Punkte.

Im Jahr 2017 wir hatten 37 Millionen Euro in der Ausgleichsrücklage, also auf der hohen Kante, für schwierige Zeiten. Die Wirtschaftslage war gut, die Steuereinnahmen mehr als auskömmlich.

Diese komfortable Finanz-Lage haben Rat und Verwaltung damals nicht genutzt, um sich Denkmäler zu errichten oder der Bürgerschaft goldene Paläste zu bauen. Wir haben auch nicht die Gebühren für Kindertagesstädte gestrichen, nicht die Vereine mit Geld überschüttet.

Das Einzige was der Langenfelder Stadtrat im Jahr 2018 mit dem Geldsegen gemacht hat, war die Steuern zu senken. Sowohl die Gewerbe als auch die Grundsteuer. Jeweils in drei Schritten der Jahre 2019, 2020 und 2021 - auf ein historisches Tief.

Was niemand einplanen konnte: ab 2020 schlug die Covid-19-Pandemie mit voller Wucht ein. Mehrausgaben und Steuerverluste für die Langenfelder Stadtkasse waren die Folge.

Und als Corona fast überstanden war, überfiel Anfang 2022 Russland die Ukraine. Neben dem unfassbaren Leid, dass in den Kriegsgebieten herrscht, traf es auch uns wieder mit negativen Folgen für den städtischen Haushalt.

Bald war klar, dass wir gegensteuern mussten.

Das haben wir getan: im Jahr 2024 wir haben mit Sparmaßnahmen die Konsolidierung des Haushaltes vorangetrieben. Wir haben bei unzähligen Haushaltspositionen die Grenzen der Zumutbarkeit neu ausgelotet, die möglichen Folgeschäden abgewogen. Kürzungen bei 48 Positionen erfolgten alleine in der Ergebnisplanung.

Keine der Sparmaßnahmen war unumstritten, keine hatte nicht auch negative Folgen auf unsere Stadtgesellschaft. Darunter die Wiedereinführung der Sportstädten-Nutzungsgebühren, Einsparung von Personal im Bürgerbüro, was eine Reduzierung der Öffnungszeiten bedeutete, Reduktion der Zuschüsse an Kulturvereine, Verringerung der Qualitätsoffensive an den Schulen und vieles, vielen mehr.

Auf diese Weise ergaben die Einschnitte eine Kostenreduzierung im Ergebnishaushalt von 2 Mio. €.

Am Ende war jedoch klar, dass die bitteren Einsparungen alleine nicht reichen.

Und so mussten wir 2024 zusätzlich die Steuersätze wieder auf das alte Niveau anheben (360).

Als 2025 dann die Bundes- und Landes-Reform der Grundsteuer umgesetzt werden musste, haben viele Städte die Chance genutzt und die Sätze so gestaltet, dass sich Ihre Gesamteinnahmen erhöhten. Das haben wir in Langenfeld nicht gemacht.

An diesem Rückblick wird deutlich,

- dass und warum wir nach wie vor herausragend niedrige Steuersätze haben.
- Und auch, dass wenn Geld da ist, wir keine Paläste bauen, sondern es in Form von Steuersenkungen an Wirtschaft und Bürgerschaft zurückgeben.
- Und auch, dass wir bei einer finanziellen Schieflage, nicht reflexartig die Steuern erhöhen, sondern zuerst nach Einsparungslösungen in unserem Haus suchen.

Wir sind nun wieder in einer Schieflage. Im Ergebnishaushalt fehlen uns in den Jahren 2027, 2028 und 2029 jeweils 18 Millionen Euro für einen genehmigungsfähigen Haushalt, der die Perspektive bietet der dauerhaften Schuldenfalle zu entkommen.

Der Kämmerer wird gleich ausführlich darüber berichten.

Als erstes haben wir auch jetzt nach Kostenreduzierungen zur Konsolidierung gesucht.

Wir haben jedoch seit den letzten Sparmaßnahmen im Jahr 2024 an keiner Stelle neuen Speck angesetzt. Nahezu jeder Schnitt, den wir jetzt setzen würde, ginge entweder direkt ins Fleisch und damit in die Substanz unserer Stadtgesellschaft oder würde nur so geringes Potential bieten, dass er zu Konsolidierung in keiner Weiser spürbar beiträgt.

Der Kämmerer wird Ihnen gleich noch eine Aufstellung zeigen, die veranschaulicht, wo die Kostensteigerungen der letzten Jahre zu finden sind: der Löwenanteil der Kostensteigerungen liegt in den Pflichtaufgaben. Wir haben kein Ausgabenproblem, was wir beeinflussen könnten.

Das gilt auch für den Personalbereich. In unserer Verwaltung sind wir alles andere als großzügig aufgestellt. Es gibt kaum Redundanzen und es braucht aufgrund der dünnen Personaldecke nicht viel, um unsere Handlungsfähigkeit substanziell zu gefährden: Sie erleben es schmerzvoll mit, zum Beispiel bei dem Rückstand der Bearbeitung der Gebührenbescheide in der Jugendhilfe oder der Feuerwehr, bei den Schließtagen und Wochen in unseren KiTas während der Erkältungswellen und bei der Performance in der Grünpflege in den Hitzemonaten, bei den Umsetzungsstaus im Gebäudemanagement und vielem mehr.

Und so sind wir im Verwaltungsvorstand zu dem Schluss gekommen, dass wir Ihnen keine weiteren Sparmaßnahmen vorschlagen.

Denn: entweder wäre ihr Effekt marginal oder sie würden unsere Stadtgesellschaft ins Mark treffen oder unsere Zukunftsfähigkeit als Kommune massiv beeinträchtigen. Langenfeld kaputtsparen, das empfehlen wir Ihnen nicht.

Aber: Interkommunale Zusammenarbeit, Digitalisierung und Wirtschaftsförderung.

Damit wollen wir mittelfristig wieder in ruhigeres Fahrwasser kommen und gerne dann auch eine Steuersenkung ermöglichen.

Interkommunale Zusammenarbeit. Das ist kein Lippenbekenntnis. Wir haben bei Beschaffung von Rettungswagen gemeinsam mit Erkrath eine Pionierleistung vollbracht, wir sind in der Zusammenarbeit der Stadtwerke mit Hilden und Monheim auf Zielgeraden und haben auf Bürgermeister-Ebene zuletzt vergangene Woche bekräftigt, die bereits initiierten Arbeitsfelder und darüber hinaus weitere mit großer Ernsthaftigkeit und Leidenschaft vorantreiben.

Digitalisierung und KI: Im Jahr 2022 haben wir gemeinsam – einstimmig - politisch beschlossen, dass wir dem Ergebnisbericht der PD-Deutschland folgen und uns an einen IT-Dienstleister anschließen. Das war eine gute Entscheidung und bringt uns insgesamt zusätzliche Unterstützung. Es geht darum interne Prozesse und Schnittstellen zu digitalisieren. Mittelfristig erwarten wir neben mehr Schnelligkeit, mehr Bürgerservice auch eine Effizienzsteigerung. Der Transformationsprozess ist mühsam und aufwendig, aus unserer Sicht aber für eine zukunftsfähige Verwaltung unabdingbar.

Wirtschaftsförderung: wir müssen unsere Unternehmen pflegen und halten. Und wir wollen neue hinzugewinnen. Wir sind ein interessanter Standort, unsere Wirtschaftsförderung ist gut vernetzt. Wir haben noch einige Eisen im Feuer. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass uns die Flächen ausgehen. Ein erstes Projekt Flächenrecycling ist in der Umsetzung, weitere sollen folgen. Aber: der Erfolg dabei liegt nur bedingt in unserer Hand und die Zeitachsen sind lang. Deshalb müssen wir dringend auch über die Erschließung neuer Gewerbeflächen beraten. Auch wenn es niemanden gefällt, unsere kostbaren Freiflächen zu opfern.

Weil diese drei Felder, Interkommunale Zusammenarbeit, Digitalisierung und Wirtschaftsförderung, eher mittel- bis langfristig ihre Wirkung entfalten können, brauchen wir eine kurzfristige Kompensation. Und die wird ohne Erhöhungen der Steuern nicht funktionieren:

Bei der Gewerbesteuer war es uns wichtig, dass wir den Unterschied zu den Nachbarn Monheim und Leverkusen nicht vergrößern.

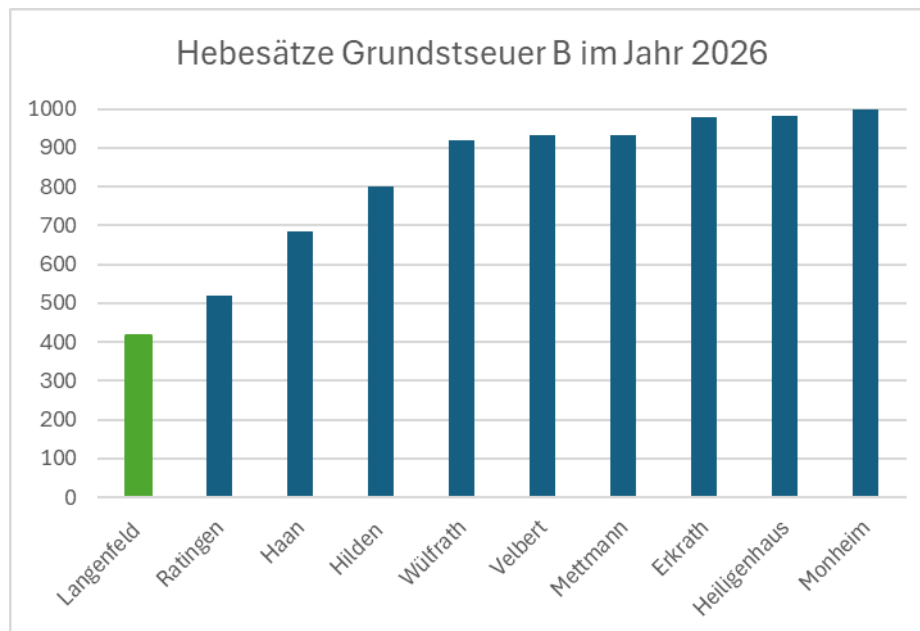
Uns kommt zugute, dass beide Städte, Monheim und Leverkusen, aufgrund neuer Gesetzgebung ihre Gewerbesteuersätze um 30 Punkte erhöhen müssen. Von jetzt 250 auf zukünftig 280. Wir schlagen vor, dass wir die Langenfelder Gewerbesteuer um 25 Punkte erhöhen: von jetzt 360 auf dann 385. Das bringt etwa 4,1 Mio. € mehr an Steuereinnahmen, bedeutet aber auch: wer bislang nicht wegen des Unterschiedes zu den Nachbarstädten abgewandert ist, hat jetzt erst recht keinen Grund darüber nachzudenken. Denn der Vorteil unsere Nachbarn schmilzt.

Eine stärkere Erhöhung schlagen wir nicht vor. Zu groß ist die Gefahr, aktuelle Gewerbesteuer-Zahler zu verlieren und keine zusätzlichen gewinnen zu können.

Im interkommunalen Vergleich stünden wir mit dem Gewerbesteuerhebesatz von 385 Punkten auf Platz 8 in NRW! Und es ist davon auszugehen, dass viele weitere Kommunen ihre Gewerbesteuersätze ebenfalls anheben werden, wir uns im Ranking also nur verbessern können.

Bei der Grundsteuer B fällt unser Vorschlag leider nicht so moderat aus: wie eingangs erläutert, auch weil sie seit vielen Jahren im interkommunalen Vergleich auf einem sehr niedrigen Niveau liegt.

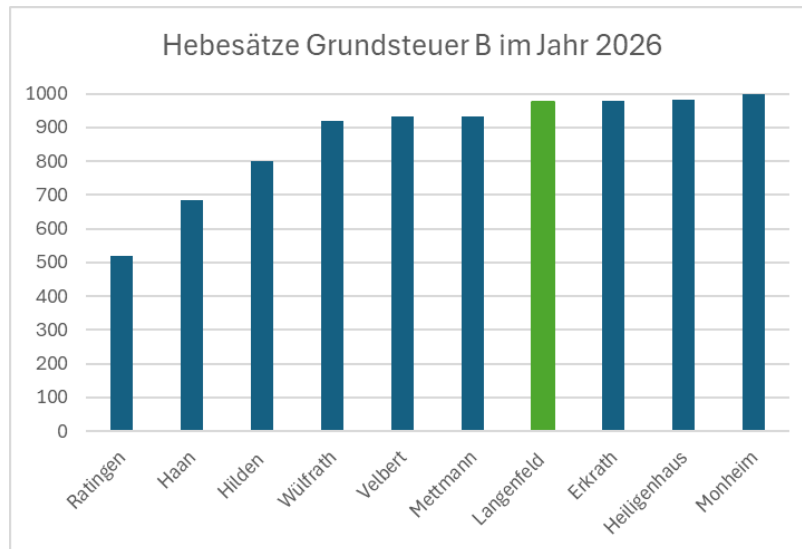
Während die Nachbarstädte längst viel höhere Sätze beschlossen haben.



Und eines ist hier gewiss: die Werte der anderen Städte sind die gültigen aus diesem Jahr. Auch sie werden früher oder später ihre Steuersätze noch weiter nach oben schrauben müssen. Für das laufende Jahr 2026 hat in NRW mehr als jede dritte Kommune ihre Grundsteuern erhöht. Insgesamt 140 der 396 Städte und Gemeinden im Land sind diesen Schritt gegangen.

Was andere Städte ihrer Stadtgesellschaft schon seit Jahren abverlangen, müssen wir jetzt leider auch tun. Wir müssen bei dem Grundsteuerhebesatz nachziehen. Leider erheblich.

Von 418 auf 975 Punkte.



Für unseren typischen 4-Personen-Haushalt in einem Einfamilienhaus würde das eine Mehrbelastung von 47 Euro pro Monat bedeuten.

Bei einer 80 qm Mietwohnung in einem typischen Mehrparteienhaus liegen die durchschnittlichen Mehrbelastungen natürlich deutlich darunter, eher bei 20€.

Dennoch: der Sprung wäre heftig.

Aber: man es drehen und wenden wie man will: es fehlen in den nächsten Jahren jährlich 18 Millionen €, um einen genehmigungsfähigen Haushalt darzustellen, der uns vor der Schuldenfalle bewahrt. Diese Summe lässt sich nicht einmal im Ansatz über Sparmaßnahmen realisieren.

Mit den unerfreulichen Vorschlägen liegen wir bei der Grundsteuer dann leider in dem Korridor vieler andere Städte. Bei der Gewerbesteuer bleiben wir attraktiv, um auch kurzfristig unsere Einnahmeseite durch neue Gewerbesteuerzahler zu verbessern.

Insgesamt, und das wird Ihnen gleich der Kämmerer im Detail vorstellen, würden wir es mit diesem Verwaltungsvorschlag schaffen, 2031 das Tal der Tränen hinter uns zu lassen und sogar wieder positive Ergebnisse zu erwirtschaften.

Aus eigener Kraft ohne Haushaltssperre und ohne Haushaltssicherungskonzept. Wir haben damit die **Perspektive**, ab 2031 wieder Schulden abzubauen und Spielräume zu schaffen, die sogar Steuersenkungen ermöglichen.

Das ist eine Perspektive, um die uns sehr viele Kommunen beneiden.

Wie eingangs erläutert: die Kommunen sind am Limit.